

Nach Kenntnis über verschiedene Bauvorhaben der US-Armee in Katterbach:

## Stadt will Einblick in US-Pläne

Weitere Ausbauten auf Militärgelände stoßen bei Stadträten teils auf Misstrauen

**ANSBACH (mhz) – Die anhaltende Bautätigkeit der US-Armee beschäftigte erneut den Bauausschuss des Stadtrates. Nicht nur die in die Kritik geratenen Einzäunungen waren dabei Thema, sondern auch reguläre Vorhaben auf dem Katterbacher Kasernenareal.**

Zunächst aber lehnte die Stadt unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Stadtrates einen Antrag von Boris-André Meyer (Offene Linke) ab, der eine Ablehnung der Zaunbauwerke forderte. Da er dem Ausschuss nicht angehöre, sei dies nicht statthaft, beschied ihn Oberbürgermeisterin Carda Seidel (die FLZ berichtete jeweils).

Wie die Stadt weiter mitteilte, plant die Armee innerhalb der Kaserne eine neue Wartungshalle für Militärfahrzeuge, ein Hauptquartiersgebäude mit Büroräumen und Lager sowie ein Öl- und Gefahrstofflager mit der Größe eines Überseecontainers. Dafür müssten mehrere eingeschossige Hallen nördlich der B 14 abgerissen werden, informierte Baureferent Jochen Büschl das Gremium. Zusätzlich soll das Kommunikationsgebäude erweitert werden. Weiterhin plane die Armee, ein neues Unterkunftsgebäude mit 64 Wohneinheiten inklusive der Außenanlagen zu errichten. Dies soll, wie Armeesprecherin Cornelia Summers der FLZ sagte, die Wohnqualität allein stehender Soldaten verbessern. Eine Aufstockung der Mannschaftsstärke sei nicht geplant, betonte sie.

Unmut regte sich im Ausschuss anschließend vor allem mit Blick auf die Einzäunungen bei der Shipton- und der Bismarck-Kaserne. Mittlerweile seien die notwendigen Unterlagen eingereicht worden, so Büschl. Doch begründe die Kennzeichnung der Areale im aktuellen Flächennutzungsplan (FNP) als landwirtschaftliche Flächen aus Sicht der Verwaltung kein Widerspruchsrecht der Stadt; auch wenn der Plan angepasst werden müsse. Auch hier handele es sich also lediglich um ein Kenntnisgabeverfahren; einen Sachgrund für eine gesonderte Stellungnahme gebe es nicht, so Büschl. Derzeit begründe die Armee die Einzäunungen mit Sicherheitsargumenten und nicht mehr wie vor Jahren noch, mit dem Bau eines neuen Kontrollpunktes. Nicht zuletzt deshalb sei die Gesamtstrategie der Armee „unklar“.

Die notwendige Änderung des FNP gäbe Gründe für einen Widerspruch her, meinte dagegen Hannes Hüttlinger (BAP). Auch stellten die Einzäunungen eine Erweiterung der Kasernen dar, was ebenfalls einen Beschluss des Stadtrates erfordere. Michael Sichelstiel (Grüne) warf der Stadt vor, sich auf diese Weise einen eigenen Standpunkt zu ersparen. Dabei sei es „völlig blödsinnig“, irgendwelche Flächen einzuzäunen: „Was sollen denn Gänseblümchen hinter Stacheldraht?“ Und Waldemar Kroh (BAP) äußerte Zweifel daran, ob die Zahl der US-Soldaten tatsächlich wie behauptet

gleich bleiben wird. Thomas Deffner wiederum riet seinen Kollegen, ein Kenntnisgabeverfahren nicht zu überschätzen. Eine Rahmenplanung seitens des Militärs sei allerdings wünschenswert.

Der Ausschuss nahm gegen Stimmen aus den Reihen von BAP und SPD Kenntnis von den Vorhaben. Dazu beauftragten die Stadträte auf deren Vorschlag hin die Verwaltung, die Armee zu ersuchen, der Stadt Auskunft über die mittelfristigen Standortplanungen zu geben. Es sei recht lästig, hieß es mehrfach, immer wieder von Baumaßnahmen zu erfahren, obwohl es ständig heiße, dass die Zahl der Soldaten unverändert bleibe. Was wolle denn die Armee überhaupt, so die mehrfach gestellte Frage.

Derweil spricht die Offene Linke in einer Pressemitteilung von einem „Informationschaos“ bezüglich des Zaunbaus. So habe die Landesbaudirektion Mitte Mai festgestellt, dass die Bauten einer gesetzlichen Grundlage entbehrten und einzustellen seien. Doch entgegen den Zusagen der Militärs, den Zaun abzubauen, seien die Arbeiten sogar fortgeführt worden. „In Katterbach läuft Einiges aus dem Ruder“ stellt Meyer fest. Doch könne man einen „rechtsfreien Raum“ nicht dulden: Dieser „Schwarzbau“ müsse Konsequenzen haben, und zwar „den Abriss durch deutsche Behörden“. Dabei sieht die Linke aufgrund des „Weisungsnotstandes“ durch die Landesbaudirektion die Stadt in der Pflicht.



Stoßen auf Unmut im Ansbacher Stadtrat: Die Zaunbauten der US-Armee wie hier an der Shipton-Kaserne.  
Foto: Albright